

Die Verringerung der Kopfquote für Mehl.

Wien, 16. Januar.

Czechischagrarische Blätter haben in den letzten Tagen berichtet, daß in kurzem eine formelle Kürzung der Mehlquote für ganz Oesterreich erfolgen wird. Bisher betrug bekanntlich die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende wöchentliche Menge 50 Dekagramm. Jedoch ist sowohl durch die Transporttarife als durch ungenügende Belieferung seitens der Kriegsgetreideverkehrsanstalt bald da, bald dort nur eine geringere Menge von Mehl zur Ausgabe gelangt. Diese Ungleichheiten haben zur Verschärfung der Situation beigetragen, und da sich die Grundursachen für die Herabsetzung der Quote nicht geändert haben, soll nun eine generelle, für ganz Oesterreich gültige gleichmäßige Herabsetzung der Kopfquote für Mehl, und zwar auf die Hälfte, erfolgen.

Das für die Erzeugung von Brot nötige Mehl soll in der gleichen Menge wie bisher zur Ausgabe gelangen, so daß eine Kürzung der Brotquote nicht in Kraft tritt.

Hand in Hand mit der Kürzung der Mehlquoten für die Verbraucher soll auch eine Reduktion der Quote für die bäuerlichen Selbstversorger erfolgen. Diese Maßnahme würde die Erfüllung eines von der städtischen Bevölkerung seit langem aufgestellten Postulats bedeuten. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß bei aller Anerkennung des Unterschiedes der Lebensverhältnisse zwischen der Stadt und dem flachen Lande es doch eine Ungleichheit bedeutet, wenn namentlich zur Winterszeit, wo die bäuerlichen Arbeiter weniger schwere Arbeit zu verrichten haben, diese gegenüber den städtischen Arbeitern so bevorzugt werden. Sie sind ohnedies schon dadurch besser gestellt, daß für sie, da sie ihren eigenen Bedarf vorweg von dem abzuliefernden Getreide in Abstrich bringen können, ihr Mehlbezug für das ganze Jahr bis zur neuen Ernte gesichert ist, während es sich zum Beispiel im Sommer 1917 in Industriebezirken wiederholt ereignet hat, daß die Arbeiterschaft tagelang ohne Brot und Mehl blieb. Auch ist durch die verschiedenen Wandlungen, welche die Verordnungen über die Kartoffelversorgung durchgemacht haben, die ländliche Bevölkerung auch in dieser Beziehung besser gestellt. Man hat mit Recht in der hohen Quote der Selbstversorger eine der Ursachen für das Versagen der Getreideaufbringung für die städtische Bevölkerung erblickt. Das zweite Postulat ist bekanntlich die Stilllegung der kleinen bäuerlichen Mühlen, durch deren Tätigkeit der Schleichhandel in allererster Linie

alimentiert wird. Daran reihen sich die Forderungen nach Einhaltung der Verpflichtungen Ungarns gegenüber Oesterreich. Dieser Widerstreit zwischen den Standpunkten der beiderseitigen Ernährungsminister hat jetzt zur Demission des Grafen Hadik geführt. Beteiligung Oesterreichs an den in Rumänien noch vorhandenen Vorräten ist eine weitere Forderung, die auch der Wiener Gemeinderat heute in seiner Resolution mit allem Nachdruck aufgestellt hat.

Die Kürzung der Mehlquote würde von der Bevölkerung weniger schwer empfunden werden, wenn die wöchentlich zur Verfügung stehende Menge an Kartoffeln größer wäre und wenn nicht die Qualität der zum Verkaufe gelangenden Erdäpfel derartig wäre, daß ein guter Teil des dem Käufer zugemessenen Gewichtes auf Erde, Schmutz und zum menschlichen Genuße ungeeignete Ware entfällt. Dazu kommt, daß es vollständig an Kraut mangelt, daß heute in der zweiten Hälfte Januar noch immer das längst zugesagte Sauerkraut fehlt, daß, wie aus den Verhandlungen des kriegswirtschaftlichen Ausschusses über die Sebarung der „Geos“ hervorgehoben worden ist, die Ausbringung der Ernte an billigem Obst und die Verteilung desselben sowie die Approvisionierung mit Gemüse viel zu wünschen übrig gelassen haben. Im vorigen Jahre haben sich wohl ähnliche Erscheinungen gezeigt, doch sind sie, was das Mehl anlangt, erst wesentlich später in die Erscheinung getreten, während sich heuer die Schwierigkeiten noch vor Vollendung des ersten Semesters des Wirtschaftsjahres 1917/18 zeigen. Trotz alledem wird, wenn überall an der richtigen Stelle mit Energie und verständnisvollem Zusammenarbeiten eingegriffen wird, diese Klippe wie schon so viele im Laufe des Krieges umschifft werden. Die Anforderungen, die an die Bevölkerung im Hinterlande gestellt werden, sind groß, aber über der vorübergehenden Not des Augenblicks steht die tröstliche Gewißheit, daß die Verbundstaaten über die nötigen Mengen an Lebensmitteln verfügen und daß das Problem nur in der Erfassung, Beförderung und Verteilung liegt.